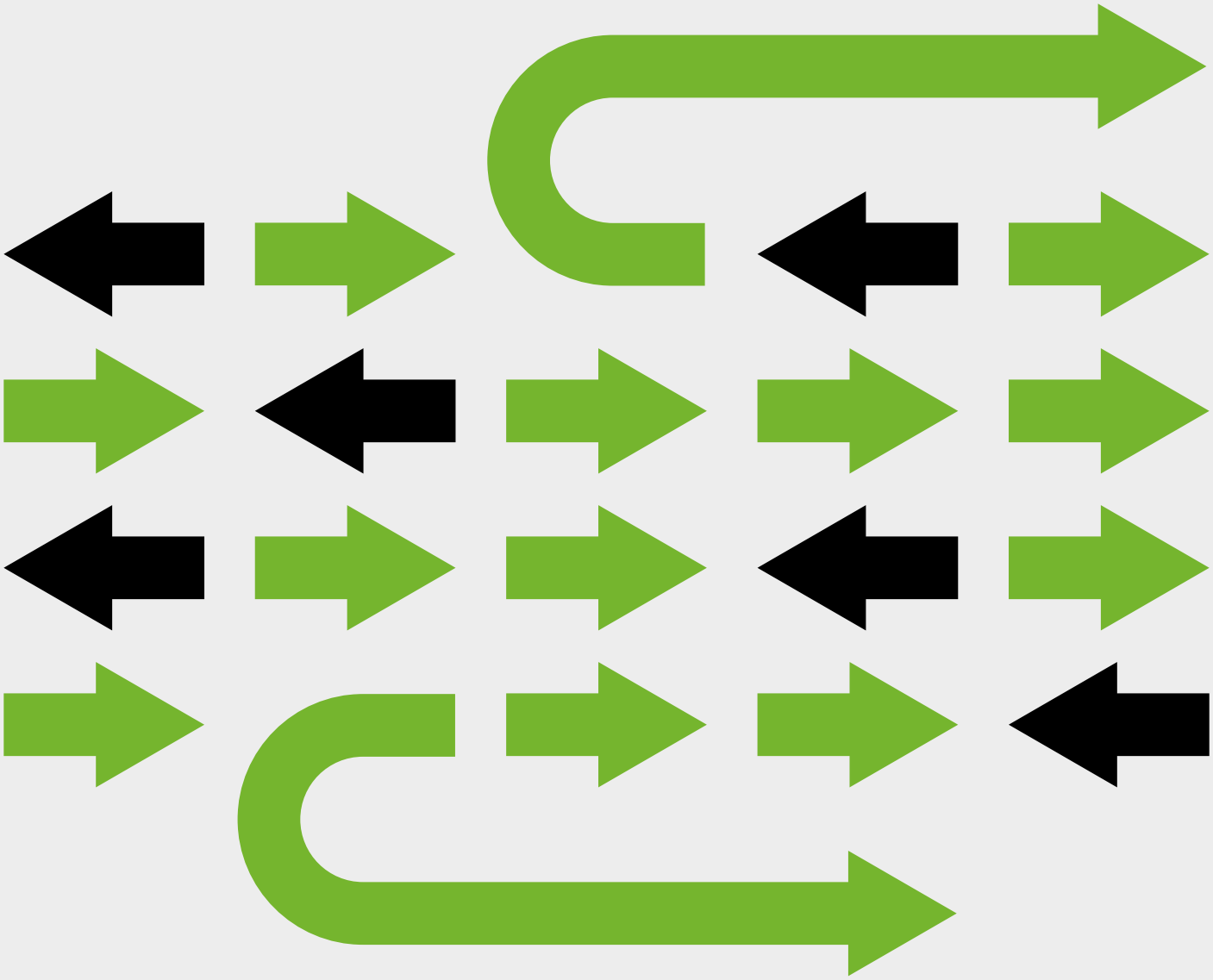


NEUE ILRES-UMFRAGE ZEIGT: MENSCHEN WOLLEN KEIN ZURÜCK IN DIE GESELLSCHAFT "VOR-CORONA"

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen werden von der Politik erwartet!

Juli 2020

mouvement écologique

De Kéisecker info 12/2020

Umfrage zeigt:

Menschen wollen kein Zurück in die Gesellschaft "Vor-Corona": Gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen werden von der Politik erwartet

Das Meinungsforschungsinstitut ILRES hat, im Auftrag des Mouvement Ecologique, zwischen dem 15. und dem 18. Juni 2020 eine repräsentative Umfrage bei 1016 Einwohnern*innen Luxemburgs durchgeführt.

Den Teilnehmenden wurde erst zum Schluss der Umfrage mitgeteilt, wer der Auftraggeber der Analyse war. Somit sollten evtl. Verzerrungen in der Meinungsäußerung vermieden werden.

Die Antworten der Befragten sind äußerst aufschlussreich, was Wertevorstellungen, die Einschätzung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells sowie ihre eigenen Lebenseinstellungen (auch aufgrund der im Lockdown gemachten Erfahrungen) betrifft.

Im Folgenden werden die zentralen Aussagen dargestellt und kommentiert. Die Details der Umfrage (genaue Fragestellung, Antworten je nach Alter - Geschlecht - Einkommen usw. - finden Sie auf www.meco.lu (*)

Weitere Infos auf www.meco.lu

TNS

(*) In Umfragen, beantwortet nicht immer jede alle Fragen. Im Folgenden werden derartige Enthaltungen kommentiert, wenn sie für die Analyse der Antworten von Relevanz sind.

Knapp ein Fünftel der Befragten arbeiteten während des Lockdowns mehr als üblich (19%) und ingesamt 41% weniger bis gar nicht (25% weniger, 16% gar nicht). Für 41% änderte sich im Laufe des Lockdowns nichts an den Arbeitsgewohnheiten. 67% der Befragten arbeiteten zudem in Telearbeit (davon 43% ausschließlich im Homeoffice).

Die Mehrzahl der Grafiken wurden vom Meinungsforschungsinstitut ILRES zur Verfügung gestellt.

1

77% der Befragten sehen den Menschen als einen verletzlichen Teil der Natur an

Wir leben im Zeitalter des Antrophozän, so die Analyse zahlreicher Wissenschaftler*innen. D.h. in einem Zeitalter, in dem nicht mehr die Ökosysteme das Leben auf dem Planeten bestimmen, sondern die Aktivitäten des Menschen. Dies mit allen bekannten negativen Auswirkungen. Der Mensch versucht die Lebensgrundlagen seinen Erwartungen „anzupassen“ und zerstört sie dabei weitgehend. Die Vorstellung, dass dies zielführend ist scheint, nicht zuletzt durch die Covid-Pandemie, verstärkt hinterfragt zu werden.

Covid-19 und weitere Katastrophen der letzten Monate und Jahre, die z.T. auch recht stark mediatisiert wurden (u.a. extreme Wetterphänomene), scheinen einer steigenden Anzahl von Menschen vor Augen geführt zu haben, dass *wir eines von vielen* Lebewesen dieses Planeten sind und nicht der allein dominierende Faktor.

- So geben 77% der Befragten der ILRES-Umfrage an, der Mensch sei *„verletzbar / vulnerabel”* und würde von der Natur abhängen.

- Lediglich 12% sind der Überzeugung, die technische Entwicklung und der medizinische Fortschritt würden dem Menschen erlauben *„d’Natur am Grëff ze halen”*.

Diese „Demut” und letztlich reale Einschätzung der Situation sollte dazu führen, dass wir einen anderen Bezug zu unserer Mitwelt entwickeln und dringend erforderliche Maßnahmen – z.B. zur Bekämpfung der Biodiversitäts- und der Klimakrise, dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen – nicht weiter auf die lange Bank schieben

Le rapport homme/nature

Les hommes sont fragiles/ vulnérables et dépendent de la nature.

77%

VS

Le développement technique et les progrès de la médecine permettent à l'homme de contrôler la nature.

12%

2

Covid-19: eine Verschiebung der Werte hin zu mehr Naturbezug und zum Sozialen - Umdenken im Konsumverhalten

Was macht ein Lockdown mit Menschen, wie sehen sie daraufhin ihre sozialen Beziehungen und ihren Bezug zur Natur? Wie wirken sich reduzierte Konsummöglichkeiten aus? Diese Fragestellungen sind natürlich besonders spannend. Aus der Umfrage ergibt sich folgendes Bild:

- **95% der Befragten schätzen die Natur, davon 32% nach Covid-19 verstärkt**

Interessant ist, wie sich diese Prozentzahl zusammensetzt:
- 62% geben an, sie hätten die Natur noch immer geschätzt, daran hätte sich aufgrund des Lockdowns nichts verändert;
- bemerkenswerte 22% geben an *„ech schätzen d'Natur nach méi, obwuel ech nach ëmmer e grousse Bezuch zu hir hat"*;
- 10% aller Befragten geben an, sie hätten erst aufgrund des Lockdowns einen stärkeren Bezug zur Natur erhalten!

D.h. für 32% der Menschen verstärkte sich aufgrund von Covid der Bezug zur Natur – und 95% geben an, sie hätten einen hohen Bezug zur Natur.

- **71% der Befragten messen dem Konsum wenig(er) Bedeutung bei, davon 32% verstärkt nach den Covid-Erfahrungen**

- 38% der Befragten geben an, ihnen wäre der Konsum von Gütern nach Covid weniger wichtig geworden *(„Ech hunn duerch d'Coronakris en anere Bezuch zum materielle Konsum kritt, aner Wäerter si fir mech elo méi wichteg ginn")*!

- 33% führen an, ihnen sei eh nie etwas am Konsum gelegen gewesen *(„Ech hunn nach ni gären akaaft, an dorun huet och d'Corona-Kris näischt geännert")*. Somit geben 71% der Bevölkerung an, der Konsum würde für sie eine untergeordnete Rolle spielen. Eine äußerst hohe Anzahl von Menschen, welche die Konsumphilosophie, auf der unsere Gesellschaft scheinbar basiert, doch in einem anderen Licht erscheinen lassen.

La consommation matérielle

38% La crise du coronavirus a **changé ma relation par rapport à la consommation** matérielle, d'autres valeurs ont gagné en importance.
32% des hommes, 44% des femmes

33% Je n'ai **jamais aimé faire du shopping** et la crise du coronavirus n'y a rien changé.
38% des hommes, 29% des femmes

24% **J'aime faire du shopping** et la crise du coronavirus n'y a **rien changé** pour moi.
31% des moins de 34 ans.

5% Ne sait pas

Autres sondages pertinents : Lors du sondage réalisé par le Conseil Supérieur pour un Développement Durable en 2018:

- 72% des répondants ont déclaré avoir déjà modérée leur consommation (p.ex. garder mon téléphone portable plus longtemps)
- 70% sont prêts dans le fond, à modifier leur style de vie et à renoncer à un certain confort matériel si cela s'avère nécessaire à l'avenir.

- **Soziale Kontakte haben an Bedeutung gewonnen – 85% sehen deren besondere Bedeutung**

  Dabei setzen sich diese Zahlen wie folgt zusammen:
  - Bemerkenswerte 32% der Befragten führen an, sie würden sozialen Kontakten aufgrund der Covid-Erfahrungen in Zukunft mehr Bedeutung beimessen, obwohl sie *„nach ëmmer gutt sozial Kontakter“* gehabt hätten.
  - Für 53% der Befragten hat sich nichts in ihrer Einschätzung der Bedeutung ihrer sozialen Kontakte verändert, da sie noch immer gute soziale Kontakte gepflegt hätten.

  Wenn 1/3 der Befragten - zusätzlich zu den 53%, welche sozialen Kontakten bereits vor Covid eine große Bedeutung beigemessen haben, nun deren Bedeutung noch stärker anerkennen als “vor Covid”, so stellt dies eine wichtige Aussage dar.

- **Mehr Zeit für soziale Kontakte statt mehr Einkommen**

  - **Für 63% der Befragten gilt, mehr Zeit für soziale Kontakte statt einem höheren Lohn als <u>gesellschaftliches</u> Leitbild**

    63% der Befragten befürworten die Aussage, die Arbeitszeit solle reduziert werden, damit die Menschen mehr Zeit für Familie und soziale Kontakte hätten, auch wenn sich dies in einem geringerem Einkommen ausdrücken würde (dabei beantworten 10% diese Frage jedoch nicht). Interessant ist, dass es bei dieser Fragestellung keine relevanten Unterschiede je nach Einkommensklasse gibt. Wobei 69% der Frauen dieser Aussage zustimmen, gegenüber 56% der Männer. Es scheint wohl auch nachvollziehbar, dass die Zustimmung mit der Größe des Haushaltes stark anwächst (49% der Einzelhaushalte bis zu 72% der Haushalte mit bis zu 5 Personen oder mehr).

  - **Die Zustimmung zu dieser Aussage gewinnt sogar an Bedeutung, wenn die Menschen nach ihren <u>persönlichen</u> Prioriäten gefragt werden: 70% erachten Zeit für soziale Kontakte wichtiger als erhöhtes Einkommen**

    Bemerkenswert ist, dass die Fragestellung nach den Prioritäten, wenn sie den persönlichen Lebensraum betrifft, sogar noch eindeutiger ausfällt: 70% treten dann für mehr Zeit für Familie / Freunde statt mehr Gehalt ein (bei 7% an Enthaltungen) *(„Fir mech wäer et an Zukunft méi wichteg, méi Zäit fir Famill a Frënn ze hunn a manner ze schaffen, wéi fir méi ze verdéngen“).* Der Unterschied zwischen Mann und Frau fällt recht gering aus (im Gegensatz zur vorherigen angeführten Frage), aber auch hier variiert die Zustimmung stark je nach Größe des Haushalts.

Die Botschaft ist eindeutig: Covid-19 ist - trotz der damit verbundenen Probleme - aus der Sicht einer Mehrheit der Befragten auch ein Weckruf für die gesellschaftliche Orientierung!

Die große Mehrheit der Befragten äußert sich im Sinne einer Verschiebung in den gesellschaftlichen Werten: für weniger Konsumorientiertheit, eine höhere Wertschätzung der Natur und des Sozialen ...

3

Neue Prioritäten in der Art und Weise wie wir leben / in unserem *Gesellschaftsmodell* setzen:

66%: "Elo ass de Moment fir grondsätzlech Changementer"

Die Resultate der Umfrage sind eindeutig: eine große Mehrheit der Befragten erwartet sich eine Veränderung in unseren Lebensgewohnheiten und unserem Gesellschaftsmodell.

- **66% für grundsätzliche Veränderungen**
  Die Aussage *„Elo ass de Moment fir grondsätzlech Changementer“ „an der Aart a Weis, wéi mir liewen an der Gesellschaft ze maachen”* unterstützen 66% der Befragten! Lediglich 25% führen an, dass *„alles gemaach soll ginn, fir datt alles ërem esou gëtt wéi virun der Corona-Kris”*, 8% haben keine Meinung dazu.
- **„Entschleunegen… “ ein Bedarf. den 84% der Befragten sehen**
  84% der Befragten führen an, dass Covid-19 – trotz aller Probleme – gezeigt habe, dass eine gewisse Entschleunigung der Gesellschaft Vorteile bietet! *(„D’Coronakris huet – bei alle Problemer – gewisen, datt et flott ass, wann eis Gesellschaft net esou schnelllieweg ass“).*

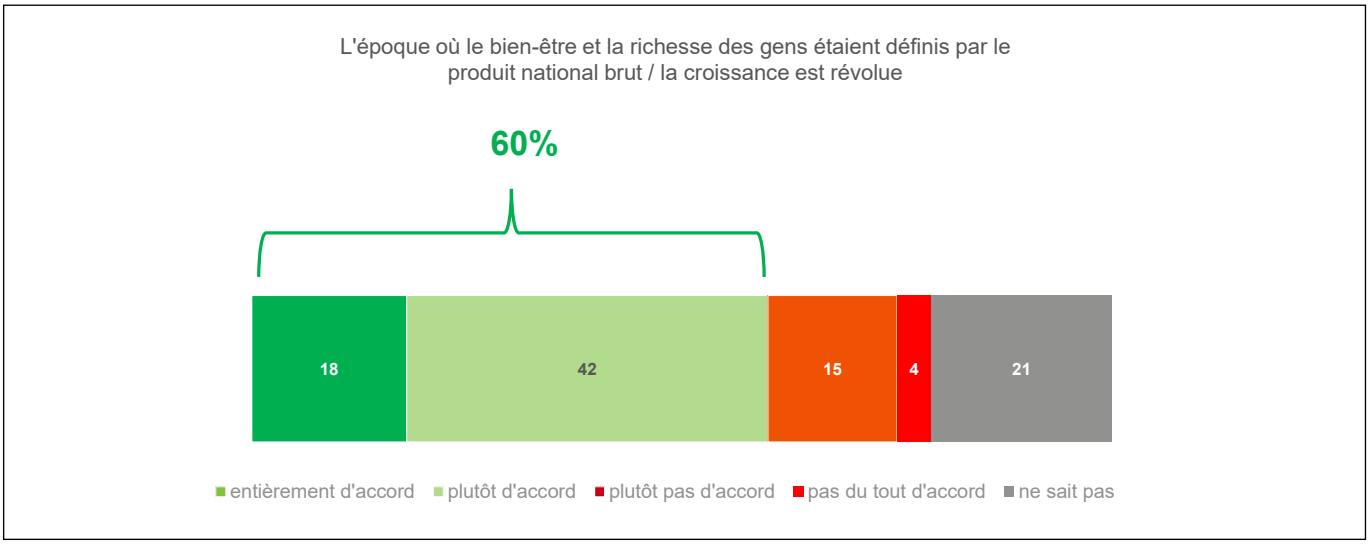
Auch hier ist die Aussage an die Politikgestaltung offensichtlich: „Jo zu grondsätzleche Changementer“!

In der rezenten Vergangenheit standen wohl noch nie mehr Menschen für einen Wandel in unseren Lebensgewohnheiten und unseren gesellschaftlichen Prioritäten ein!

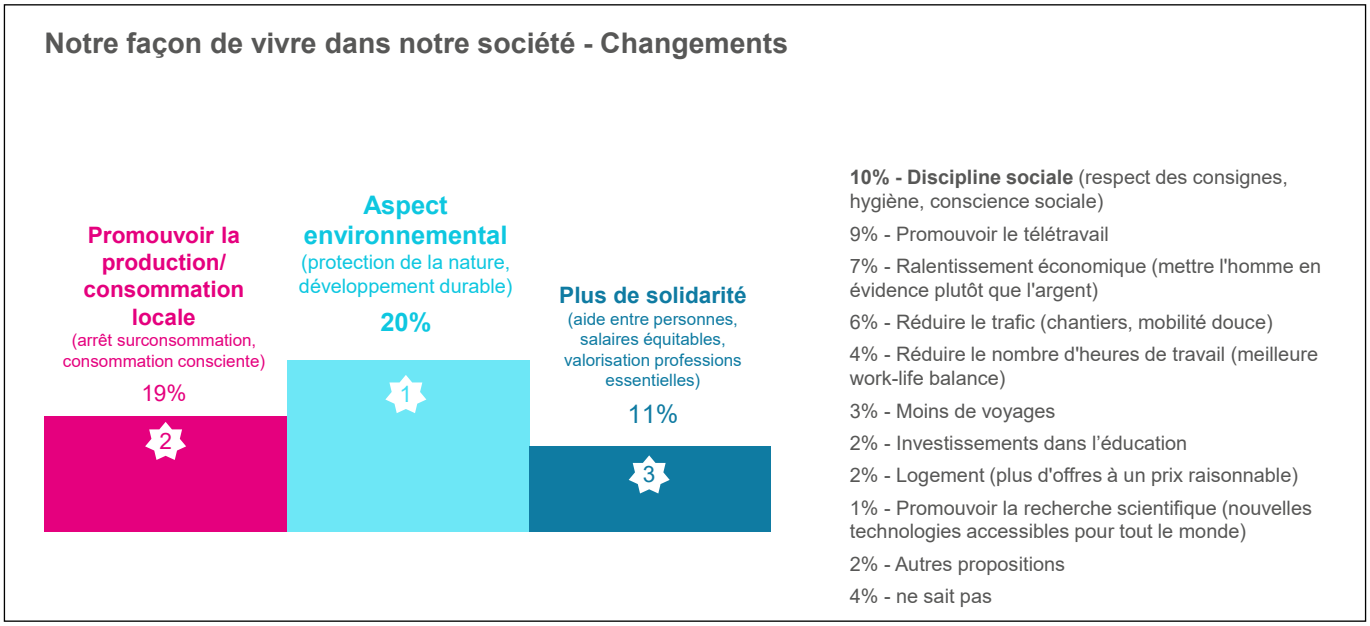
7 personnes sur 10 (66%) sont d’avis que c'est le moment d'introduire des changements de principe dans la façon de vivre dans notre société!

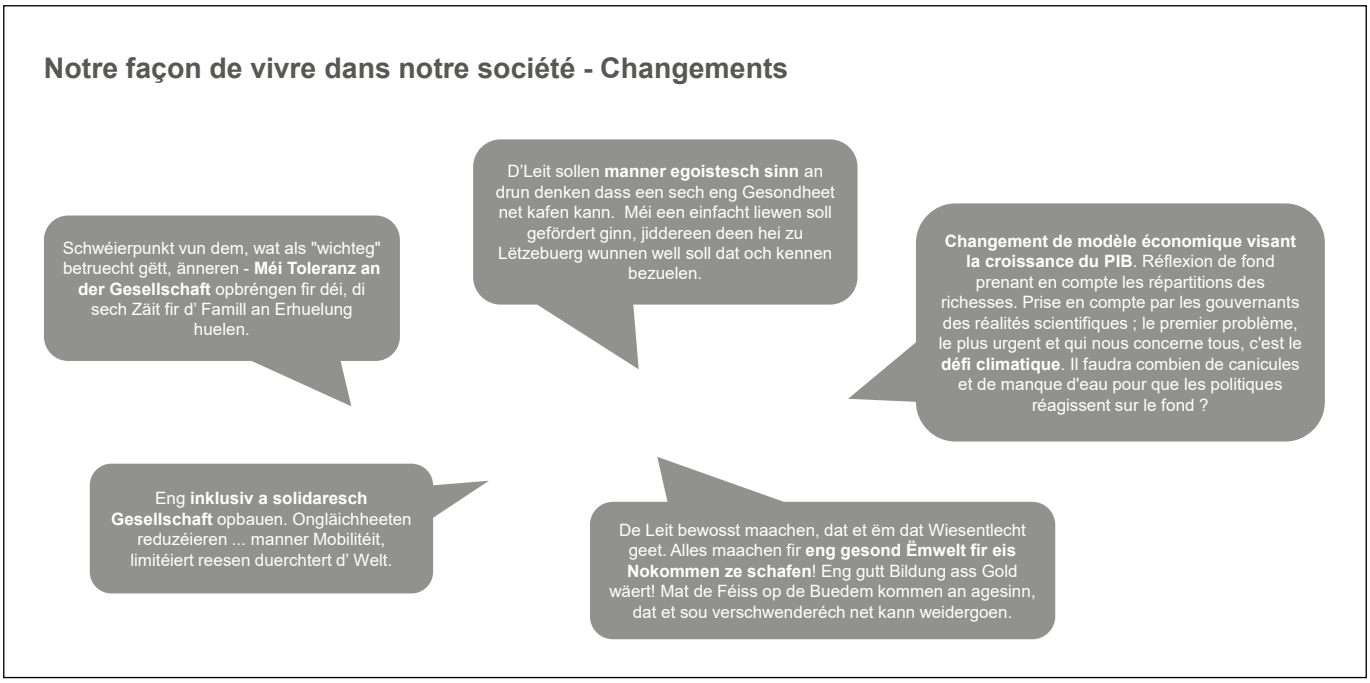
La conviction augmente clairement avec le niveau d’éducation.

La crise du coronavirus a prouvé - malgré tous les problèmes - que c'est bien quand notre société vit à un rythme moins effréné



In der Umfrage konnten die Befragten zusätzlich in einer "offenen" Frage, d.h. ohne Anregungen im Fragebogen selbst, anführen, welche Veränderungen in der Art und Weise wie wir leben, für sie wichtig wären. Zahlreiche Befragten gaben konkrete Anregungen (diese finden Sie auf www.meco.lu). Folgende Graphik gibt eine thematische Einteilung / Analyse und Gewichtung der Antworten.





La politique économique

7 personnes sur 10 (71%) sont d'avis que c'est le moment de **réaliser des changements** dans notre politique économique

La conviction augmente clairement avec le niveau d'éducation. Il est également à observer que les Luxembourgeois (63%) sont en comparaison légèrement moins convaincus que les étrangers (72%).

4

Das *Wirtschaftssystem* reformieren:

71%: "Elo ass de Moment fir Changementer anzeféieren"

Bemerkenswert ist, wie sehr die Aussagen der Mehrheit der Beteiligten an der Umfrage für einen Wandel im wirtschaftlichen System einstehen.

- **Neue Prioritäten in der Wirtschaftspolitik setzen: Wohlbefinden und der Mensch im Fokus!**

  * **71% der Befragten treten für grundsätzliche Veränderungen in der Wirtschaftspolitik ein und möchten kein "Zurück".** Lediglich 22% bejahen die Aussage *„alles soll gemaach ginn, fir datt se erëm esou gëtt wéi virun der Corona-Kris“*.

  * **91% befürworten ein Wirtschaftsmodell, dass die Menschen und die Natur in den Fokus rückt - nicht den materiellen Konsum** *(„Mir brauchen eng staark Wirtschaft, mee de Mënsch an d'Natur mussen erëm méi an de Fokus réckelen amplaz vum materielle Konsum“).* Davon 48% *„ganz averstanen“,* 42% *„éischter averstanen“.*

  * **60% sind der Überzeugung *„D'Zäite sinn eriwwer wou sech d'Wuelbefannen vun eise Leit a Wuelstand iwwert d'Bruttosozialprodukt / de Wuesstëm ausdréckt“*.**
    Wenn man berücksichtigt, dass bei dieser Fragestellung zudem 21% keine Meinung angeben, sprich lediglich 19% der Befragten gegen diese These stimmen, so ist auch hier die Auswertung eindeutig: Das Wachstum und das Bruttosozialprodukt als Messinstrument des Wohlbefindens sind überholt. Über den Grund der hohen Enthaltungen kann nur spekuliert werden: Haben sich zahlreiche Menschen noch keine Meinung gebildet oder gibt es andere Gründe?

  * **Einen besseren juristischen Rahmen zum Ausbau der Telearbeit unterstützen 83% der Befragten** (auch jene der Personen, die während des Lockdowns nicht im Homeoffice arbeiteten).

- **Absolute Mehrheit für kürzere Lieferketten sowie eine gewisse Regionalisierung!**

  * **85% der Befragten setzen sich für kürzere Lieferketten ein**, z.B. in dem wieder verstärkt in Europa produziert wird. Dies auch dann, wenn sich daraufhin Produkte ggf. verteuern würden.

  * **93% wünschen sich eine Förderung der regionalen Produktion**, z.B. in dem regionale biologische Lebensmittel in öffentlichen Kantinen angeboten oder Hölzer aus „eise Bëscher" für die Produktion von Möbeln usw. genutzt werden …).

- **Diese Analyse der Reform des Wirtschaftssystems spiegelt sich ebenfalls in der Einschätzung der weltweiten Situation wider.**

  Luxemburgs Einwirkungen als kleines Land auf das Weltgeschehen sind zwar sicherlich begrenzt, trotzdem obliegt es jedem Land seine Verantwortung zu übernehmen. Luxemburg hat sowohl auf der Ebene der EU als auch in internationalen Gremien durchaus eine Stimme. Was erwarten sich die Teilnehmer*innen der Umfrage?
  - **84% der Befragten sprechen sich dafür aus, dass sich Luxemburg auf europäischer und internationaler Ebene für einen gerechteren Welthandel einsetzen sollte** (9% ohne Meinung).
  - **63% sprechen sich für einen Schuldenerlass für die Länder des Südens aus**, da diese bereits heute am

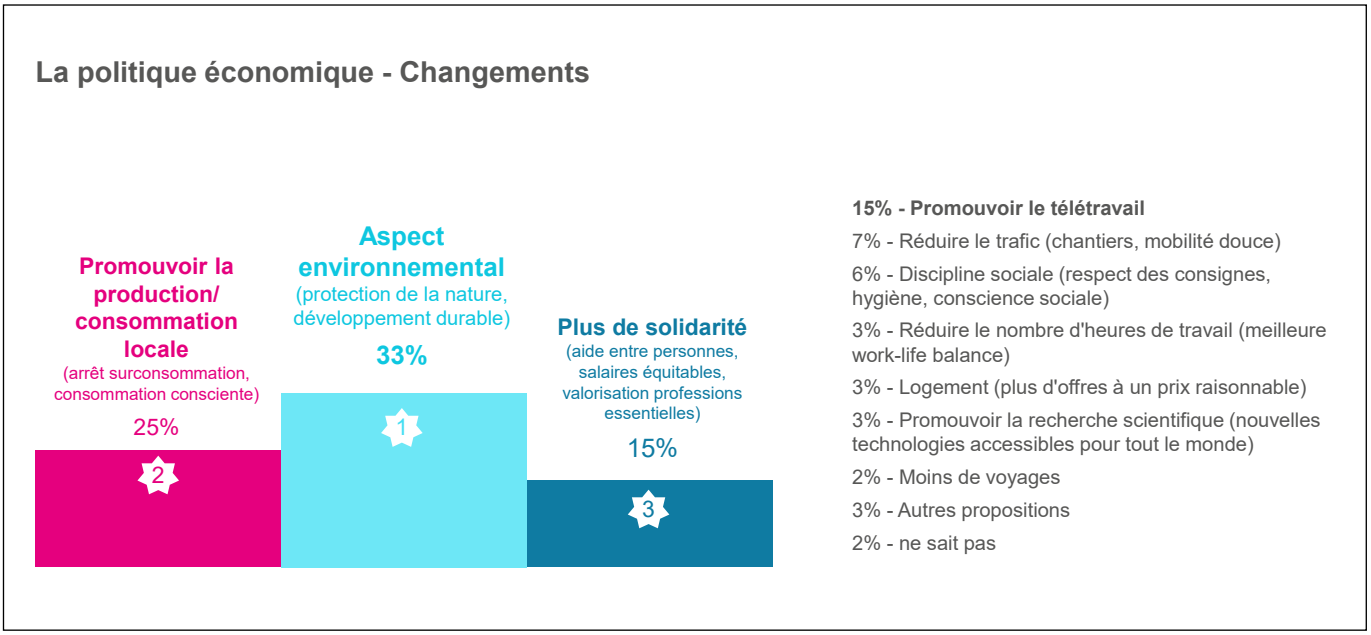
stärksten unter der Klima- und Covid-Krise sowie dem derzeitigen Wirtschaftsmodell leiden (13% ohne Meinung).

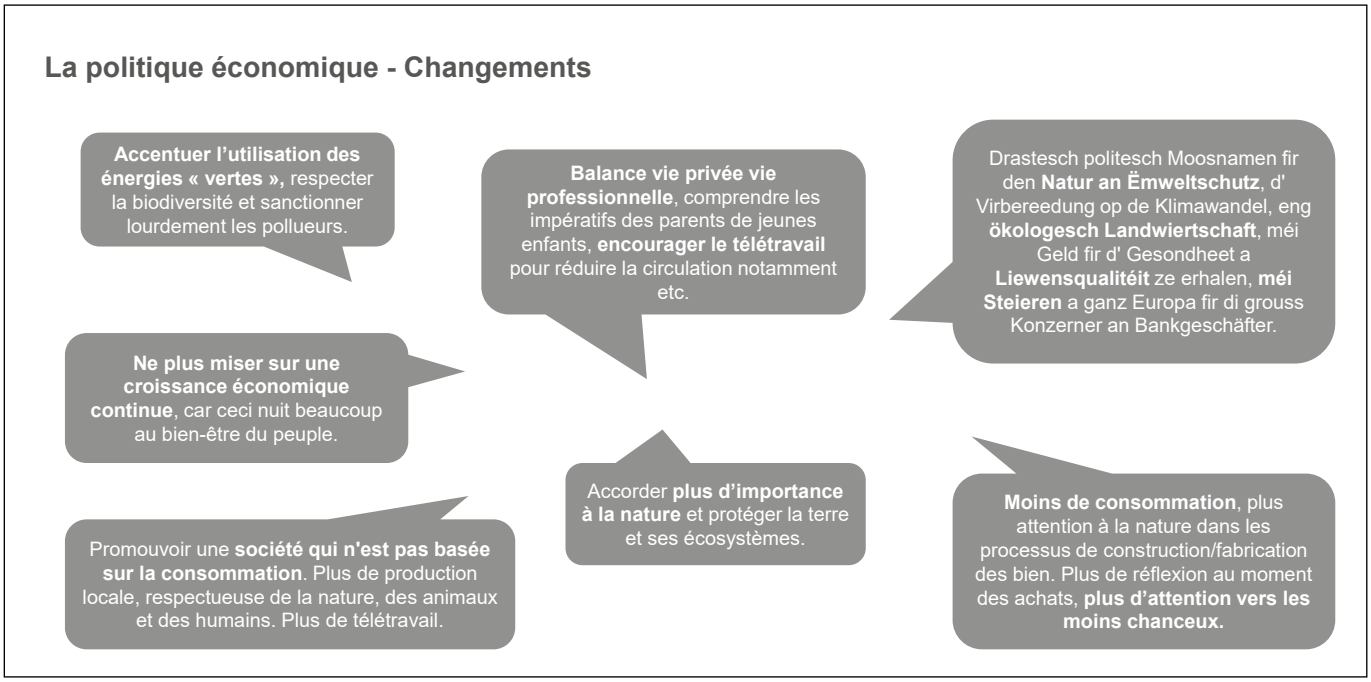
- **86% treten für eine gerechtere Verteilung von Geldern zwischen reichen und armen Ländern ein** (13% ohne Meinung).

Die Aussagen lassen eine klare Interpretation zu: Die Mehrheit der Befragten ist der Überzeugung, eine Reform des Wirtschaftssystems sei notwendig und das Bruttosozialprodukt könne nicht mehr als Gradmesser des Wohlbefindens in unserer Gesellschaft angesehen werden. Auch in diesem Themenbereich wird die Orientierung des Wirtschaftssystems auf einen steten materiellen Konsum hinterfragt.

Die Menschen erwarten eine Re-Regionalisierung von wirtschaftlichen Aktivitäten, hinterfragen Auswirkungen der heutigen Globalisierung, wie z.B. die langen Lieferketten und sprechen sich für einen gerechteren Weltmarkt aus.

In der Umfrage konnten die Befragten zusätzlich in einer "offenen" Frage, d.h. ohne Anregungen im Fragebogen selbst, anführen, welche Veränderungen in unserem Wirtschaftssystem für sie wichtig wären. Zahlreiche Befragten gaben konkrete Anregungen (diese finden Sie auf www.meco.lu). Folgende Graphik gibt eine thematische Einteilung / Analyse und Gewichtung der Antworten. Besonders anregend ist, dass die Anregungen der Befragten zu Abänderungen im Wirtschaftssystem, denen sehr ähneln, welche bezüglich des





5

61%: für ein Überdenken der Finanzierung des Sozialsystems

78%: für eine nachhaltige Steuerreform

Welche Erwartungen stellen die Befragten an die Gestaltung des Sozialsystems sowie die nachhaltige Steuerreform? Auch hier bietet die Umfrage aufschlussreiche Resultate:

- **61%: Finanzierung des Sozialsystems überdenken**

  * **61% der Befragten bejahen die Aussage, das Sozialsystem müsse unabhängiger vom Wirtschaftswachstum gestaltet und entsprechend neue Finanzierungsquellen erschlossen werden** *(„Eise Sozialsystem vun haut soll ouni weidere Wuesstëm kënne finanzéiert ginn, duerfir brauche mir aner Weeër vun der Finanzéierung, z.B. iwwert Besteierung vu Kapital wéi Finanztransaktiounssteier oder Besteierung vu Verméigen“).* 12% vertreten bei dieser Fragestellung keine Meinung. Lediglich 27% stellen sich gegen diese Aussage.

- **59-61% der Befragten: Wachstum, um Sozialsystem aufrecht zu erhalten**

  Während eine breite Mehrheit der Befragten für alternative Modelle der Finanzierung des Sozialsystems eintritt, scheinen doch zahlreiche Befragte unsicher was die Zukunft der Finanzierung des Sozialsystems betrifft.

  * **59 % der Befragten teilen die Aussage, es müss an das Wachstum vor der Corona-Krise angeknüpft werden, um das Sozialsystem aufrecht erhalten zu können:** *„Wann eise Sozialsystem vun haut soll gehale ginn, musse mir esou séier wéi méiglech nees un de wirtschaftleche Wuesstem vu virun der Kris uknäppen“.*

  * **61% geben dabei an, weiteres ökonomisches Wachstum sei notwendig, um den Wohlstand zu sichern** *(„Mir brauchen e weideren ekonomesche Wuesstem, soss kréie mir de Wuelstand net assuréiert“).* Wobei jedoch „lediglich” 16% dieser Aussage voll und ganz zustimmen und 45% eher zustimmen, 10% äußern keine Meinung.

- **78%: Nachhaltige Steuerreform durchführen**

  78% treten für eine Steuerreform ein, bei welcher eine umweltbelastende Produktion / umweltbelastendes Verhalten stärker besteuert und der Faktor Arbeit steuerlich entlastet wird (wobei 10% der Befragten ohne Meinung sind). Lediglich 12% sprechen sich dagegen aus.

- **Reichtum, Spekulation, multinationale Firmen stärker besteuern – Verteilungsgerechtigkeit herstellen**

  * 62% treten für ***„eng méi héich Besteierung vu privatem Verméigen an der Spekulatioun“*** ein (wobei 10% der Personen keine Meinung äußern), 28% sprechen sich dagegen aus;

  * 80% sprechen sich für eine **höhere Besteuerung von multinationalen Firmen** aus, vor allem im Bereich der “Digitalisierung”, wie Google oder Amazon;

  * 82% der Befragten treten generell auf nationaler Ebene für eine **gerechtere Verteilung der Gelder** zwischen reichen und armen Menschen ein (8% ohne Meinung).

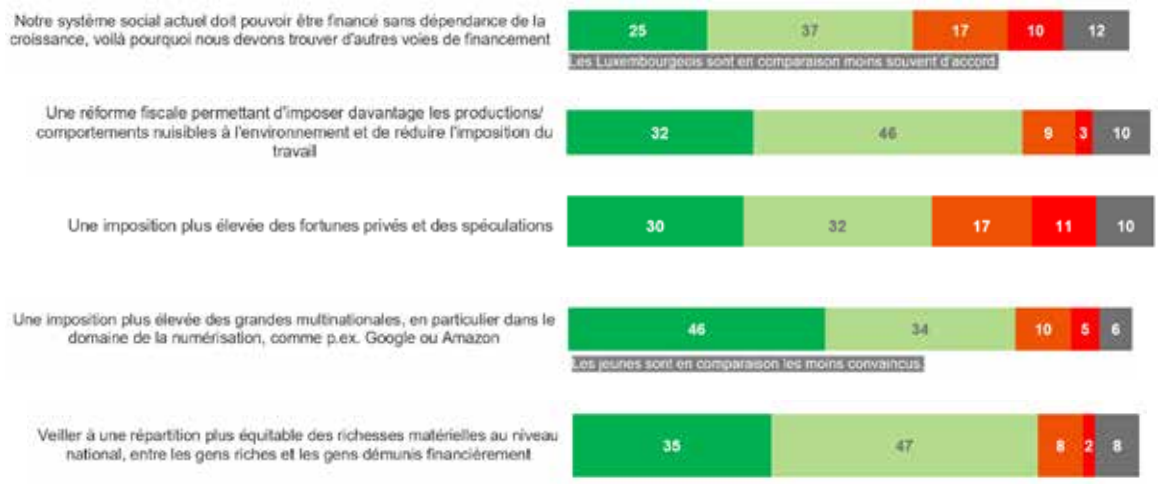
Eine eindeutige Mehrheit der Befragten tritt demnach für eine nachhaltige Steuerreform ein.

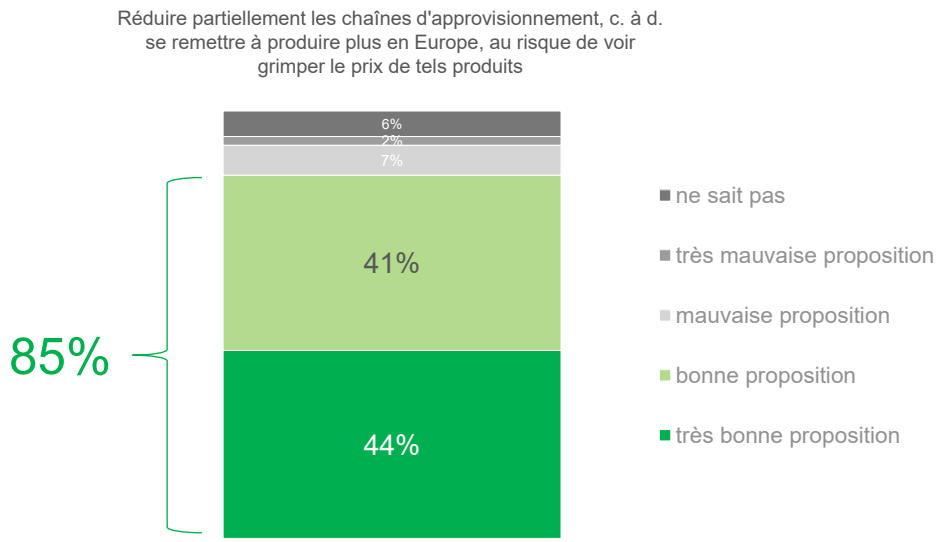
Die Notwendigkeit einer stärkeren Besteuerung von Kapital, Spekulation, Finanztransaktionen und digitalen Konzernen, Umweltverbrauch ... stellt einen besonders breiten Konsens dar!

Eigentlich ergibt dieser Teil der Umfrage einen eindeutigen Handlungsauftrag an die Politik. Bei der anstehenden Steuerreform gilt es grundsätzlichere Reformen in der Besteuerung durchzuführen.

Dabei geben parallel zahlreiche Menschen an, ökonomisches Wachstum sei zur Finanzierung des Sozialsystems und zur Sicherung des Wohlstandes notwendig.

Dies mag z.T. als widersprüchlich zu den gemachten Aussagen betreffend die Bewertung des Wirtschaftsmodells angesehen werden. Aber eigentlich ist es dies nicht. Es gibt mehrere Interpretationsmöglichkeiten: Es besteht wohl u.a. Ungewissheit, inwiefern Alternativen – neben einem forcierten Wirtschaftswachstum – zur Finanzierung des Sozialsystems durchsetzbar bzw. effektiv sind, auch wenn diese erwünscht werden. Der Wunsch nach einem „anderen" Wirtschaftsmodell wird dabei nicht in Frage gestellt.





6

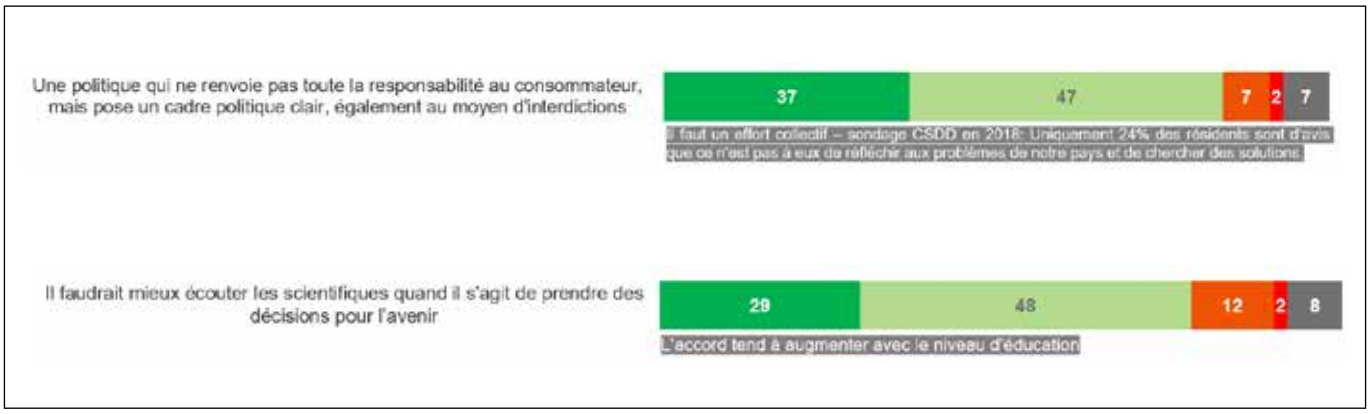
84%: für einen klaren politischen Rahmen. 77%: sehen die Wissenschaft als Grundlage: Politik soll handeln - keine Verlagerung der Verantwortung auf den einzelnen Verbraucher

- **84% der Befragten treten für klare Gesetze und Regeln für den Einzelnen ein und teilen folgende Aussage „Eng Politik, déi net dem Verbraucher all Responsabilitéit zouschoustert, mee e kloere politesche Kader setzt, och duerch Verbueter** *(z.B. vu bestëmmte Forme vun Déierenhaltung, der Hierstellung vu besonnesch ëmweltschiedleche Produiten)“*
  Dabei teilen 37% diese Aussage *„ganz“*, 47% *„éischter“*. Lediglich 7% sprechen sich eher, 2% gänzlich dagegen aus.

  Diese hohe Prozentzahl der Befragten, die sich für eine starke Rolle der Politik einsetzen, widerlegt in einem gewissen Sinne die These, Menschen müssten vor allem in ihrem individuellen Verhalten für ökologischeres Verhalten sensibilisiert werden – gesetzliche Vorgaben würden zu sehr einen Einschnitt in die Freiheitsrechte bedeuten.

- **Dabei geben 77% an, es müsse bei zukünftigen Entscheidungen mehr auf die Wissenschaft gehört werden.**
  Dieser Aussage kommt ebenfalls eine hohe Bedeutung zu. Denn seit Jahren ist es unter Wissenschaftlern unumstritten, dass die Klima- und Biodiversitätskatastrophe dramatische Größenordnungen annehmen. Trotzdem scheint die Politik eher das vermeintlich „machbare“ als das „notwendige“ im Auge zu haben. Findet hier eine Trendwende statt?

Die Interpretation ist recht eindeutig: Basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen soll die Politik einen Rahmen für eine nachhaltigere Gesellschaft schaffen.



7

Bereitschaft für die Umsetzung konkreter Instrumente und Eigenverantwortung: Ein "ja aber..."

Die Fragestellungen darüber, welche politischen Entscheidungen Akzeptanz finden würden und wie sehr der Einzelne selbst bereit ist „nachhaltiger zu handeln“ ergeben ebenfalls ein aufschlussreiches, z.T. ambivalentes Bild:

- **Bereitschaft zu Änderungen im Mobilitätsverhalten**

  - **Breite Mehrheit für die Förderung des Öffentlichen Transports und des Fahrrads – kleine Mehrheit für den Bau weiterer Straßen**
    * 80% treten für eine noch konsequentere Förderung des öffentlichen Transports ein
    * 73% für den Ausbau der Fahrradinfrastrukturen
    * 50% teilen die Ansicht nicht, dass kein Bau weiterer Bau größerer Straßeninfrastrukturen erfolgen soll (Schnellstraßen, Ausbau der Spuren auf Autobahnen oder Umgehungsstraßen).
  - **Hohe Bereitschaft zur stärkeren Nutzung des Fahrrads:** 60% der Befragten würden bei alltäglichen Fahrten das Fahrrad stärker nutzen, wenn die Infrastrukturen verbessert werden würden, 4% geben darüber hinaus an dies bereits heute zu tun (33% geben an, das Fahrrad nicht derart nutzen zu wollen).
  - **Mehrheit ist bereit maximal alle 3 Jahre eine Flugreise zu unternehmen:** Spannend ist die Zusage von 52% der Befragten sie wären bereit, „lediglich“ maximal einmal alle 3 Jahre das Flugzeug zu nutzen (24% „absolut bereit“, 24% eher bereit, 5% geben an, sie würden dies bereits heute tun und 44% sprechen sich dagegen aus).

- **Bereitschaft zur Veränderung im Ernährungsbereich**

  81% der Befragten sind bereit „lediglich” 1-3 mal pro Woche Fleisch zu essen, wenn u.a. das Angebot in Restaurants auch angepasst würde (8% geben an, dies bereits heute zu tun, 39% sind „grundsätzlich bereit“, 33% „eher bereit“). Lediglich 17% sind „nicht bereit“ oder „eher nicht bereit“.

- **Erhöhung der Energiepreise : Ja aber ...**

  - **57% treten für eine Erhöhung der Energiepreise auf fossilen Energien ein**, um somit den CO_2-Verbrauch zu reduzieren und die Gelder für soziale Ausgleichsmaßnahmen und die Förderung der Alternativen zu verwenden (9% ohne Meinung).
  - **55% der Befragten sprechen sich gegen eine Erhöhung der Treibstoffpreise** aus (aus Umweltsicht, zur Verbesserung der Luftqualität und zur Förderung von Alternativen). Hierbei werden regionale Unterschiede offensichtlich: während die Einwohner*innen des Zentrums der Aussage zu 48% zustimmen, tun dies 34% der Einwohner*innen im Westen und Osten des Landes.

Die Umfrageresultate zeigen eine Handlungsbereitschaft, mit der wohl so manch einer nicht gerechnet hätte. Dass 81% der Befragten bereit sind nur maximal 3 mal die Woche Fleisch zu essen oder eine Mehrheit bereit ist ihr Flugverhalten in diesem Ausmaß einzuschränken, ist bemerkenswert!

Eine derart hohe Zustimmung wäre wohl vor Jahren nicht zu erwarten gewesen. Auch die hohe Akzeptanz einer CO_2-Steuer ist bemerkenswert. Die Tatsache, dass jedoch 55% gegen eine Erhöhung der Treibstoffpreise sind, verdient angesichts dieser Aussagen eine tiefere Analyse. Geht es den Menschen „ëm hiere Portemonnie“? Oder denken sie, dass die Maßnahme „näischt bréngt“? Fühlen sie sich benachteiligt, da die Alternativen z.T. nicht gegeben sind? Wurde das Dossier bereits zu sehr politisiert und z.T. polemisiert?

8

"Relance économique": Ökologische und soziale Belange bei 75%-80% der Befragten von Bedeutung

Die Antworten in dieser Umfrage ergeben generell eine Orientierung dafür, welche Maßnahmen Akzeptanz im Rahmen der "Relance économique" finden würden. Besonders interessant sind zusätzlich jene Fragen, die sich explizit auf die „Relance économique" beziehen:

Beim Thema, inwiefern ökologische oder soziale Belange als Kriterium für Unterstützungen im Rahmen der "Relance économique" gelten sollen, ergaben sich folgende Prioritäten:

- 30% stimmen der Aussage zu, der Staat solle ausschließlich jene ökonomischen Aktivitäten unterstützen, bei denen ökologische Kriterien berücksichtigt werden. 34% sehen soziale Kriterien als ein Muss an.
- 45% der Befragten geben an, ökologische Kriterien sollten soweit wie möglich berücksichtigt werden, deren Respekt solle jedoch nicht zwingend sein - 46% soziale Kriterien.
- Lediglich 15% der Befragten geben an, Gelder sollten unabhängig von ökologischen Kriterien verteilt werden bzw. 12% unabhängig von sozialen Belangen.

Dabei haben 9% bei der Fragestellung zu sozialen Aspekten keine Meinung, 10% bei jener betreffend ökologische Belange.

Ökologischen und sozialen Kriterien soll somit in der direkten „relance économique" eine sehr hohe Bedeutung beigemessen werden. Für eine Mehrheit erscheinen diese zwar nicht ausschließlich relevant, für 75% (ökologische) bzw. 80% (soziale) aber grundsätzlich von Bedeutung zu sein. Eine Wirtschaftshilfe nach dem Gießkannenprinzip hätte somit keine Akzeptanz.

Importance des critères écologiques et sociaux dans la « Relance économique »

Critères écologiques		Critères sociaux
30%	L'Etat devrait uniquement soutenir les activités économiques qui respectent ces critères L'accord tend à augmenter avec le niveau d'éducation.	34%
45%	Une activité soutenue par l'Etat devrait dans la mesure du possible respecter ces critères, sans en faire une condition à remplir	46%
15%	Le soutien financier accordé par l'Etat ne devrait pas être lié à ces critères en cette période	12%

Schlussfolgerungen: Corona-Krise als Chance für einen positiven Wendepunkt nutzen!

Die Resultate der Umfrage sind nach Ansicht des Mouvement Ecologique äußerst prägnant:

Eine sehr große Mehrheit der Befragten spricht sich eindeutig dafür aus, die Corona-Krise auch als Chance für einen positiven Wendepunkt zu nutzen!

Als Chance, um sowohl aus Sicht der Nachhaltigkeit wie auch aus sozialen Überlegungen heraus, Änderungen in der Art und Weise wie wir leben und wie wir wirtschaften, herbei zu führen.

Der Fokus ist dabei eindeutig: Der Natur einen höheren Stellenwert einräumen, weniger Schnelllebigkeit in der Gesellschaft, weniger materiellen Konsum, mehr Zeit für soziale Kontakte, Gemeinwohl im Vordergrund und vieles andere mehr. Regionalisierung statt ausufernde Globalisierung („weltoffene Glokalisierung"), eine Ökonomie, die sich verstärkt nach den Gedanken des Gemeinwohls, des Miteianderns orientiert – neue Arbeitszeitmodelle müssen zur Diskussion gebracht werden u.a.m.

Stellt sich natürlich die Frage, wie diese Veränderungen in die Wege geleitet werden können. Dabei ist natürlich eine Entscheidung von zentraler Bedeutung (und sie rückte aufgrund der Covid-Krise noch verstärkt in den Fokus): inwiefern soll die Politik „regeln" oder lediglich „sensibilisieren"? Soll die Politik z.B. bestimmtes umweltbelastendes Verhalten / Produktionsformen schlichtweg verbieten bzw. durch den Respekt der Kostenwahrheit verteuern oder lediglich den Verbraucher / Betriebe „sensibilisieren"? Stichworte: Massentierhaltung, Ablösung von den fossilen Energien, Priorisierung der aktiven Mobilität bzw. des öffentlichen Transportes, Flugverkehr u.a.m. Bei Covid wurde lange Zeit akzeptiert, dass aufgrund von wissenschaftlichen Aussagen sehr drastische Eingriffe zulässig sind.

Die Resultate der Umfrage zeigen auf: sehr breite Kreise der Bevölkerung treten auch im Bereich „nachhaltige Entwicklung" für klare politische Regeln ein. Diese Verantwortung kann nicht immer auf den Verbraucher*in übertragen werden!

Die Politik muss Gestaltungsfähigkeit zeigen und endlich den erforderlichen, auch normativen, Rahmen für eine nachhaltige Zukunft setzen. Wobei die vermeintliche „Einengung" von gewissen partikularen Rechten de facto unvermeidbar ist, wenn den zukünftigen Generationen nicht das Recht auf ein „gutes" Leben auf dem Planeten verweigert werden soll.

Gewisse Aussagen in der Umfrage bieten dabei weiteren Diskussionsbedarf. Während zwar die Notwendigkeit von fundamentalen Veränderungen am Wirtschaftssystem von einer sehr breiten Mehrheit als zentral angesehen wird, setzt weiterhin eine (im Vergleich zu der hohen allgemeinen Zustimmung für grundsätzlichere Reformen kleinere) Mehrheit darauf, dass wir z.B. ein weiteres Wachstum benötigen, um das Sozialsystem oder den Wohlstand finanzieren zu können. Ein Widerspruch? Ja und nein. Hier drückt sich wohl aus, dass zahlreiche Menschen ein „anderes" nachhaltigeres Wachstum anstreben würden. Aber sicherlich fehlt auch so manchem das Wissen, wie die Alternativen zur Wachstumslogik aussehen könnten. Vielleicht überwiegt jedoch die Skepsis, ob die Politik den notwendigen Mut hat, die notwendigen Rahmenbedingungen zu setzen bzw. Veränderungen in die Wege zu leiten?

Dabei haben die Befragten auch klare Vorstellungen über diverse Maßnahmen, die zur Diskussion stehen: die Einführung einer Digitalisierungssteuer, die höhere Besteuerung von Kapital, Instrumente auch zur gerechteren Verteilung von materiellem Reichtum zwischen den Ländern, eine nachhaltige Steuerreform.

Vor Jahren hätte man auch wohl kaum mit einer derart hohen Bereitschaft des Einzelnen zu handeln gerechnet!

Politik und Gesellschaft müssen bereit sein, eine gewisse Ambivalenz – die eigentlich nur menschlich ist – auszuhalten und sogar bewusst aufzugreifen. Nicht auf polemische Art und Weise sondern im Bewusstsein, dass es scheinbar eine hohe Akzeptanz für eine neue Werteordnung und Veränderung gibt. Wissend aber auch, dass die Politik zielführende Instrumente vorlegen muss, die auch sozial gerecht ausgerichtet sind.

Die in der Umfrage geäußerten Werte stellen entsprechend einen klaren Handlungsauftrag an die Politik dar.

Aufgabe der Politik aber auch aller Akteure der Zivilgesellschaft ist, die Vision zu schärfen, wohin unsere Gesellschaft und unser Wirtschaftssystem steuern sollen. Diese ist für viele noch nicht erkennbar und greifbar genug – und der Weg dahin ist noch für zu viele, ja vielleicht für uns alle, noch nicht in allen Facetten ersichtlich.

Aber der Weg lohnt sich! Wir sollten als Gesellschaft die Chance des Wunsches zahlreicher Menschen nach einer Art „Neuanfang“ nutzen, damit wir einerseits endlich die Krisen (Biodiversität- und Klima, aber auch im sozialen Bereich) bewältigen können und andererseits positive Zukunftsbilder entwerfen.

Die Kernaussage ist eindeutig: Die Menschen möchten weder in der Frage "wie wir leben" noch "wie wir wirtschaften", dass die Politik ein Retour auf "Vor-Corona" in die Wege leitet. Wir brauchen eine "relance économique", die eine resiliente zukunftsfähige, nachhaltige Wirtschaft aufbaut - und eine Gesellschaft die auf dem Gemeinwohl basiert! Die Unterstützung der Bevölkerung ist - gemäß den Resultaten der Umfrage - gegeben! An der Politik Gestaltungsfähigkeit zu zeigen.

Herausgeber: Mouvement Ecologique asbl - 6, rue Vauben - L-266 Luxembourg -
Tel: 439030-1 - meco@oeko.lu - meco.lu